



Zentrum für Antisemitismusforschung

Nr. 33

NEWSLETTER

März 2007

„Juden unerwünscht“

so lautet der Titel eines umfänglichen Aufsatzes, der am 1. März 2007 in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung erschien. Über den Verfasser, Prof. Dr. Konrad Löw, Bayreuther Emeritus für politische Wissenschaft, muss man nicht weiter mutmaßen, er ist dafür bekannt, dass er mit fanatischem Eifer reaktionäre Thesen vertritt, die in der Fachwelt nur Kopfschütteln erregen. Eine Zeitschrift, die ein Manuskript von ihm versehentlich angenommen und gedruckt hatte, ließ das Heft einstampfen, weil die vorgetragenen Argumente den Verdacht nährten, es gehe nicht um Aufklärung, sondern um ideologische Positionen, ja um Antisemitismus.

Die einzig angemessene Reaktion auf den Verfasser ist es, den Mantel der Barmherzigkeit um ihn zu breiten, denn seine Überzeugung, das Deutsche Volk habe nichts vom Holocaust gewusst und ihn nicht gebilligt, wurde schon vor 50 Jahren nur von denen geglaubt, die diese Überzeugung zur Lebenslüge einer Generation machten. Löw behauptet, den Deutschen werde von der Geschichtswissenschaft suggeriert, der Judenmord sei mit ihrem Wissen, ihrer Billigung, ja Hilfe geschehen und Löw müht sich, das Gegenteil zu beweisen. Er sucht Entlastung bei jüdischen Zeugen, klittert Zitatsplitter zusammen und möchte damit beweisen, was er glauben machen will: die Deutschen waren edel und gut, wussten nichts vom Holocaust und hassten das NS-Regime mehrheitlich inbrünstig. Dass zu solcher Argumentation jüdische Autoren missbraucht werden, dass unterstellt wird, die Wahrheit werde unter dem Rubrum „Juden unerwünscht“ unterdrückt, ist angesichts der Zeugnisliteratur der Holocaust-Überlebenden unter jedem intellektuellen Niveau.

Aber warum gibt ein seriöses Blatt solch trotzigem Aufbäumen gegen die Erkenntnis der Wissenschaft soviel Raum? War der Redakteur in Urlaub und der Volontär der Sportabteilung hat, vom Professorentitel des Erzeugers beeindruckt, die infame Hervorbringung ins Blatt gerückt? Oder ist die Veröffentlichung Teil einer erinnerungspolitischen Strategie?

Man könnte dies vermuten, denn vor einigen Monaten hat die FAZ schon dem weit rechtsstehenden Publizisten Stefan Scheil viel Raum gegeben, um Positionen über den deutschen Überfall auf Polen zu vertreten, die von ernsthaften Historikern schon in den 50-er Jahren widerlegt wurden. Die Präventivkrieg-These, nach der Polen der Aggressor, Deutschland das eingekreiste Opfer war, erfreut sich bei Rechtsradikalen großer Beliebtheit, ebenso wie die Hoffnung, die Juden seien doch die wahrhaft Schuldigen an ihrem Unglück. Dass solche Bastionen ausgerechnet in der FAZ verteidigt werden, ist ein Skandal.

Wolfgang Benz

Studie zur Lage von Kindern aus Roma-Familien in Deutschland präsentiert im Deutschen Bundestag am 5. März 2007

Im Auftrag von UNICEF Deutschland erstellte das Zentrum für Antisemitismusforschung einen „Bericht zur Lage der Kinder aus Roma-Familien in Deutschland“. Im Mittelpunkt steht die Bildungs-, Wohnungs- und Gesundheitssituation von Kindern aus Roma Familien, die seit 1990 nach Deutschland gekommen sind. Ziel der Studie war nicht eine bundesweite statistische Gesamterhebung, sondern erfahrungsgesättigte Antworten waren auf die Frage zu finden, welchen Voraussetzungen und Bedingungen die Integration von Roma-Kindern in verschiedenen Lebensbereichen unterliegt. Die Untersuchungen bezogen sich im Rahmen von Fallstudien auf fünf Großstädte - Hamburg, Berlin, Köln, Münster und Frankfurt am Main - und wurden von Dr. Brigitte Mihok im Zeitraum vom 1. September 2006 bis 29. Februar 2007 durchgeführt.

In Deutschland leben schätzungsweise 50.000 Roma-Flüchtlinge, davon 20.000 Kinder. Sie stellen eine äußerst heterogene Gruppe dar, nicht nur, weil sie aus unterschiedlichen Herkunftsländern stammen, sondern weil ihre Fluchtbiographien uneinheitlich sind. Auch weitere Faktoren sozialer Binnendifferenzierung sind zu berücksichtigen, wie z.B. das regionale Umfeld und die Siedlungsstruktur, aus der sie kamen, die Gruppenkohäsion und der Sozialstatus. Bei aller Differenzierung und Heterogenität teilen die unterschiedlichen Gruppen allerdings die Erfahrung, immer wieder mit traditionellen Stereotypen vom „Zigeuner“ konfrontiert zu werden.

Der Zugang zu Bildung, Wohnung und Gesundheit hängt in erheblichem Maß vom aufenthaltsrechtlichen Status ab. Etwa ein Drittel der Roma-Familien verfügt über eine Aufenthalts- bzw. Niederlassungserlaubnis, die ihnen die Voraussetzung für eine gesellschaftliche Partizipation und Integration eröffnet: Familien erhalten die Möglichkeit zur Arbeitsaufnahme, Ausbildung und zum Umzug in Mietwohnungen und haben ein Recht auf staatlich geförderte Sprach- und Integrationskurse. 35.000 Roma sind hingegen geduldete Flüchtlinge, das heißt sie haben „keinen rechtmäßigen Aufenthalt“. Der Duldungsstatus legt fest, dass Familien besonderen administrativen Beschränkungen und Auflagen unterliegen, die einer Integration entgegenstehen. Ihre Lebenswirklichkeit wird von ständiger Angst vor der Abschiebung, beengten und isolierten Wohnverhältnissen sowie eingeschränkten gesellschaftlichen Teilnahmemöglichkeiten geprägt.

Schwierige Lebenslagen resultieren auch daraus, dass die Versorgungsleistungen für geduldete Flüchtlinge 30 Prozent unter dem Sozialhilfesatz liegen und Familien keinen Anspruch auf Kindergeld oder Erziehungsgeld haben. Für sie ist eine geminderte medizinische Versorgung vorgesehen, die davon abhängt, welche Leistungen das zuständige Sozialamt übernimmt und bewilligt. Vielen Familien, die nach Ansicht der Behörden ausreisen könnten, wenn sie wollten, wird die Sozialleistung auf das „unabweisbar Notwendige“ gekürzt, so dass sie nur noch Gutscheine oder Lebensmittelpakete erhalten. Besonders benachteiligt sind diejenigen Roma-Kinder, deren Eltern von Sozialleistungen und gesundheitlicher Regelversorgung ganz ausgeschlossen sind. Deswegen haben sie unter anderem keine Möglichkeit, in einen Kindergarten angemeldet, noch an der Nachmittagsbetreuung in Ganztagschulen beteiligt zu werden.

Wegen des relativ großen Handlungsspielraums der Länder und Kommunen gibt es deutliche regionale Unterschiede hinsichtlich der Unterbringung und Versorgung sowie des Zugangs zum Bildungsbereich. Als geduldete Flüchtlinge sind sie davon abhängig, welchem Heim sie zugewiesen werden. Entscheidend ist, wie und wo sie untergebracht werden. Besonders prekär sind die Lebensbedingungen der Roma-Kinder, die in provisorischen Unterkünften leben müssen. Bevorzugte Standorte sind in Stadtrandlage und Gewerbegebieten, mit ungünstigen Anbindungen an das öffentliche Verkehrsnetz. In innerstädtischer Lage sind es vorwiegend alte Schulgebäude, heruntergekommene Hotels und Verwaltungsgebäude, die zu Wohnheimen umfunktioniert wurden. Aufgrund schlechter Grundausrüstung, desolatem

Erhaltungszustand und teilweise fehlender Sozialbetreuung erfahren die Kinder schon allein wegen dieser Wohnsituation Stigmatisierung und Ausgrenzung.

Seit 2003 leiteten einige Städte einen Kurswechsel ein und gewähren unter bestimmten Bedingungen auch geduldeten Flüchtlingen den Umzug in Mietwohnungen. Ein Teil der Roma hat es geschafft, diese Möglichkeiten zu nutzen: In Münster lebt über die Hälfte, in Berlin der Großteil der geduldeten Roma-Flüchtlinge in Wohnungen. In Köln, Frankfurt am Main und Hamburg dürfen Geduldete keine Privatwohnungen beziehen. Insgesamt zeichnet sich die Tendenz ab, dass sich für einen Teil der Roma-Familien der Verbleib in Flüchtlingsunterkünften verfestigt. Trifft diese Entwicklung hauptsächlich jene Unterkünfte, in denen die negativen Faktoren kumulieren, dann drohen sie zu stigmatisierten Wohnorten der Verlierer zu werden.

Der Schulbesuch und -erfolg von Kindern aus Roma-Familien unterscheidet sich regional stark. Die Länder Baden-Württemberg, Hessen und das Saarland sehen für Kinder aus geduldeten Flüchtlingsfamilien keine Schulpflicht vor. Das galt bis zum Jahr 2005 auch für Nordrhein-Westfalen. Wo Kinder aus Roma-Familien die Schule besuchten, hing ihr Erfolg zum einen vom Engagement der Eltern und der Wohnheimbetreuer ab, zum anderen von der Aufnahmebereitschaft der Schulverwaltungen und Lehrkräfte. Mutmaßungen über eine allgemeine, kulturell bedingte Schulferne der Roma-Kinder ließen sich nicht bestätigen. Es zeigte sich allerdings, dass entsprechende pauschale Zuschreibungen als sich selbst erfüllende Prophezeiungen wirken können. So scheinen in einigen Zusammenhängen besonders Kinder, deren ethnische Zugehörigkeit für die Umwelt sichtbar ist, schneller als hoffnungslose Fälle bewertet zu werden als das Kinder aus der Mehrheitsbevölkerung bei vergleichbaren Problemen erfahren. Wie die Untersuchung zeigt, kumulieren Schulprobleme bei Kindern, die im Alter von 10 bis 14 Jahren eingereist sind, deren Familien keinen oder nur einen eingeschränkten Zugang zu Sozialleistungen haben und in schlecht ausgestatteten Flüchtlingsheimen wohnen. Besondere Schwierigkeiten haben auch Kinder aus Großfamilien, aus unteren sozialen Schichten und aus solchen Familien, deren Eltern wenig eigene Schulerfahrung haben.

Als besonders problematisch erweist sich die Situation von geduldeten Jugendlichen, da sie dem Arbeits- und Ausbildungsverbot unterliegen und nicht berechtigt sind, an staatlich geförderten Berufslehrgängen teilzunehmen. Diese Vorgaben verfestigen die Perspektivlosigkeit.

Während die mediale Öffentlichkeit und ein Teil der Behördenmitarbeiter Problemgruppen innerhalb der Minderheit als typisch für alle Roma wahrnehmen, bleiben die bereits teilweise integrierten Familien im toten Winkel, weil sie keine Zielgruppe lokaler Entscheidungen und Maßnahmen sind: Zu ihnen gehören diejenigen, die für die Umgebung nicht als Roma wahrnehmbar sind, die nicht auf Soziale Dienste oder Selbsthilfeorganisationen angewiesen sind bzw. die in den Aufnahmekommunen eine Normalität zu erlangen versuchen, trotz der eingeschränkten administrativen Rahmenbedingungen sowie der bestehenden Ressentiments.

Ein Bericht über die Veranstaltung im Deutschen Bundestag findet sich auf der Webseite der Unicef Deutschland: <http://www.unicef.de/4298.html>

Brigitte Mihok

NEUERSCHEINUNGEN

Unbesungene Helden in Berlin

Im Jahr 1958 rief der damalige Westberliner Innensenator Joachim Lipschitz eine Initiative ins Leben, in deren Verlauf bis 1966 insgesamt 760 Menschen vom Berliner Senat geehrt und bei Bedürftigkeit finanziell unterstützt wurden, weil sie während der NS-Zeit Verfolgte, in den meisten Fällen Jüdinnen und Juden, unterstützt, versteckt und gepflegt hatten. Die Ehrungen waren die erste öffentliche Würdigung für diesen Personenkreis, der in der Erinnerungskultur der Nachkriegszeit nicht vorkam.

Dennis Riffel untersucht das Zustandekommen, die administrative Umsetzung und die öffentliche Darstellung der Ehrungsinitiative „Unbesungene Helden“. Er zeigt, welche politischen Ziele mit dieser Initiative verbunden waren, nach welchen Kriterien über die Ehrungswürdigkeit entschieden wurde, welche Probleme sich dabei ergaben und wie die Initiative aus Sicht der Geehrten und Nichtgeehrten wahrgenommen wurde.

Dennis Riffel, Unbesungene Helden. Die Ehrungsinitiative des Berliner Senats 1958 bis 1966, Berlin 2007 (Metropol Verlag, Reihe Dokumente, Texte, Materialien, Band 63, Euro 19,-)

*

Lebenszeugnisse im Literaturforum (Brecht-Haus)

„Heimatroman - oder Wie mein Vater Deutscher wurde“

Wolfgang Benz im Gespräch mit Nicol Ljubic

Der junge Drago Ljubic verlässt in den 50er Jahren seine Heimatstadt Zagreb im kommunistischen Jugoslawien, um die Freiheit und das Glück in der Fremde zu suchen. Seine Odyssee führt ihn über Frankreich schließlich eher zufällig nach Deutschland, wo er sich vom einfachen Automechaniker, der kein Wort Deutsch spricht, zum Cheftechniker bei der Lufthansa hocharbeitet, in einer Vorort-Doppelhaushälfte sesshaft wird und sich angewöhnt, erst nach der Mittagsruhe mit dem Rasenmähen zu beginnen.

Nach beinahe fünfzig Jahren reist der Sohn Nicol Ljubic zusammen mit seinem Vater auf der Suche nach den Wurzeln der Familie die Stationen der Auswanderung nach. Entstanden ist dabei ein Buch, das den Fragen von kultureller Identität und Integration nachgeht und in dem Nicol Ljubic beschreibt, wie sein Vater ein "waschechter Deutscher" wurde.

Der Autor, Jahrgang 1971, hat Politikwissenschaft studiert und lebt als Journalist in Berlin.

Nicol Ljubic, Heimatroman oder Wie mein Vater Deutscher wurde, München 2006 (Deutsche Verlags-Anstalt)

Zeit: 27. März 2007, 20.00 Uhr

Ort: Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestr. 125, 10115 Berlin

Wir haben unseren Tod um mehr als 50 Jahre überlebt“ – der Holocaust in Lettland

Wolfgang Benz im Gespräch mit Margers Vestermanis

Margers Vestermanis wird 1925 als Sohn einer deutschsprachigen bürgerlich-jüdischen Familie in Riga geboren. Als die Nationalsozialisten 1941 Lettland besetzen, wird er im Rigaer Ghetto interniert, seine gesamte Familie wird ermordet. Es folgt eine Odyssee durch mehrere Konzentrationslager, darunter das KZ Kaiserwald. Während eines Todesmarsches gelingt Vestermanis im Juli 1944 die Flucht und er schließt sich den Partisanen an. Nach Kriegsende studiert Margers Vestermanis Geschichte und beginnt mit der Erforschung des Holocaust an den lettischen Juden. Trotz zahlreicher Steine, die ihm aufgrund seiner jüdischen und „bourgeois“ Herkunft in der Lettischen SSR in den Weg gelegt werden, schafft er es, als

Historiker Karriere zu machen und ist unter anderem als Hochschullehrer an der Universität Lettlands tätig. Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion baut er 1990 ein jüdisches Nationalarchiv auf und gründet das erste jüdische Museum in der Geschichte Lettlands, dessen langjähriger Direktor er wird.

Margers Vestermanis hat für sein Engagement viele Auszeichnungen erhalten, darunter das Bundesverdienstkreuz und den lettischen Drei-Sterne-Orden.

Zeit: 16. April 2007, 20.00 Uhr

Ort: Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestr. 125, 10115 Berlin

Die Kinder der Villa Emma – Josef Indigs Bericht

Wolfgang Benz im Gespräch mit Klaus Voigt

Im April 1941 wird eine Gruppe der „Kinder- und Jugend-Alija“ – jüdische Kinder aus Deutschland und Österreich auf der Flucht vor der nationalsozialistischen Verfolgung nach Palästina – im kroatischen Zagreb vom Einmarsch der deutschen Truppen überrascht. 42 Kinder können der akuten Lebensgefahr in die Nähe des von Italien annektierten Ljubljana entkommen, geraten jedoch ein Jahr später zwischen die Fronten des Partisanenkrieges in Slowenien und flüchten weiter nach Nonantola in Norditalien. Dort finden sie in der „Villa Emma“ Zuflucht. Im Oktober 1943, als nach Mussolinis Sturz Italien aus einem Verbündeten des Nazireiches zum besetzten Land wird, gelingt mit Hilfe der Einwohner von Nonantola die dramatische Rettung der inzwischen über 70 „Kinder der Villa Emma“ – wie sie sich später selbst nennen – in die Schweiz. Von dort aus emigrieren sie bei Kriegsende nach Palästina. Bereits im Herbst 1945 schrieb der Betreuer der Kinder, der junge zionistische Aktivist Josef Indig, die Geschichte von Flucht und Rettung der „Kinder der Villa Emma“ auf Deutsch nieder. Diesen eindrucksvollen Bericht hat der Berliner Historiker Klaus Voigt, der jahrelang zur Geschichte der Villa Emma geforscht hat, ediert und damit erstmals in seiner Originalsprache zugänglich gemacht.

Klaus Voigt (Hrsg.), Joškos Kinder. Flucht und Alija durch Europa, 1940-1943. Josef Indigs Bericht, Berlin 2006 (Verlag Das Arsenal).

Zeit: 31. Mai 2007, 20.00 Uhr

Ort: Literaturforum im Brecht-Haus, Chausseestr. 125, 10115 Berlin

*

Friedhofsschändungen – Übergriffe auf tote Juden

Übergriffe auf jüdische Friedhöfe waren in der DDR kein seltenes Phänomen. Sie umfassten das Umstoßen und Beschädigen der Grabsteine, in einigen Fällen ein regelrechtes Zertrümmern der Denkmale, aber auch nazistische Schmierereien. Häufig wurden Grabsteine gestohlen, Friedhofsmauern eingerissen und abgetragen. Nicht wenige Friedhöfe waren nahezu unkenntlich geworden, verwahrlost oder eingeebnet und bebaut, andere als private Gärten oder Äcker vereinnahmt. Täter wurden selten festgestellt, die Schändungen möglichst verschwiegen. Antisemitische Übergriffe sind bis heute im öffentlichen Bewusstsein über die DDR-Geschichte nicht präsent. Die Dokumentation ist das Ergebnis eines Forschungsprojektes des Zentrums für Antisemitismusforschung, das aus Mitteln der Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur gefördert wurde.

Monika Schmidt, Schändungen jüdischer Friedhöfe in der DDR. Eine Dokumentation, Berlin 2007 (Metropol Verlag Berlin; Euro 16,-)

Das Zentrum für Antisemitismusforschung der TU Berlin, der Zentralrat der Juden in Deutschland, die Stiftung zur Aufarbeitung der SED-Diktatur und die Stiftung Neue Synagoge Berlin — Centrum Judaicum laden ein zur Buchpräsentation:

Dienstag, 20. März 2007, 19:00 Uhr

Ort: Stiftung Neue Synagoge Berlin – Centrum Judaicum, Oranienburger Straße 28–30, 10117 Berlin – Mitte (Raum Mifgash)

*

„Vor Antisemitismus ist man nur noch auf dem Monde sicher“

sagte die Philosophin Hannah Arendt und meinte damit die Präsenz des Antisemitismus in Geschichte und Gegenwart. Antisemitismus, am weitesten und einfachsten als „Judenfeindschaft“ definiert, bleibt weltweit eine Bedrohung für Menschenrechte und Demokratie. In einer Tagung wird nach der gesellschaftlichen Funktionsweise von Antisemitismus gefragt und der Gestaltwandel von Antisemitismus beleuchtet. Im Mittelpunkt stehen aktuelle Erscheinungsformen in der arabisch-islamischen Welt, in Jugendszenen mit migrantischem Hintergrund und in den Medien.

Fachtagung „Antisemitismus“, Mittwoch, 23. Mai 2007

in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Hiroshimastr. 17, 10785 Berlin

in Zusammenarbeit mit dem Zentrum für Antisemitismusforschung der Technischen Universität Berlin

*

Sommeruniversität gegen Antisemitismus September 2007

Die zweite Sommeruniversität gegen Antisemitismus findet vom 10. bis 12. September 2007 in der Technischen Universität Berlin statt. Thematische Schwerpunkte werden in diesem Jahr Antizionismus, Israelfeindschaft und Antisemitismus islamischer Migranten sein.

*

NACHRICHTEN

Wolfgang Benz hat im Sommersemester 2007 die Sir Peter Ustinov Professur zur Erforschung und Bekämpfung von Vorurteilen an der Universität Wien inne. Mit einem öffentlichen Vortrag im Wiener Rathaus beginnt er seine Lehrtätigkeit am 14. März 2007. Thema der Vorlesung und seines begleitenden Seminars sind Völkermorde im 20. Jahrhundert.

IMPRESSUM

Verantwortlich: Prof. Dr. Wolfgang Benz

Redaktion: Dr. Juliane Wetzel

Adresse:

Zentrum für Antisemitismusforschung, TU Berlin

Ernst-Reuter-Platz 7, 9. OG.

D-10587 Berlin

Tel: (030) 314-21397 bzw. (030) 314-23154

Fax: (030) 314-21136

e-mail: wetz0154@mailbox.TU-Berlin.de

Abdruck gegen Belegexemplar